

# Wilsdruffer Tageblatt

Zernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung bis auf weiteres nur Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis pro Blatt 10 Pfennig. Bei Abnahme von 10 Blättern monatlich 20 Pfennig. Bei Abnahme von 10 Blättern wöchentlich 10 Pfennig. Bei Abnahme von 10 Blättern täglich 10 Pfennig. Bei Abnahme von 10 Blättern wöchentlich 10 Pfennig. Bei Abnahme von 10 Blättern täglich 10 Pfennig.



Interimspreis 20 Pfennig für die 6 gepaltene Korpusseite oder deren Raum, 10 Pfennig für die 2 gepaltene Korpusseite oder deren Raum, 5 Pfennig für die 1 gepaltene Korpusseite oder deren Raum. Bei Wiederholung und Zehrentzug entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gepaltene Korpusseite 20 Pfennig, die 1 gepaltene Korpusseite 10 Pfennig. Die Anzeigenannahme bis vormittag 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Aufträgen übernimmt die keine Garantie. Jeder Auftragsentwurf erfolgt, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Ratenzahl.

Ersteilung seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

81. Jahrgang. Nr. 265

Donnerstag / Freitag 21. / 22. Dezember 1922.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Reichsregierung ist bei den Besprechungen über die Reparationsfrage jetzt auch mit den Gewerkschaften in Fühlung getreten.
- In Berlin fand eine Trauerfeier für den ermordeten polnischen Staatspräsidenten statt, an der auch der Reichskanzler teilnahm.
- Morgan erklärte dem deutschen Vorkonsul in Washington, daß es für die Amerikaner nicht möglich sei, eine Anleihe für Deutschland in Erwägung zu ziehen, bevor nicht die Reparationsfrage geregelt sei.
- Poincaré betonte gegenüber den Pariser Pressevertretern, Frankreich wende sich entschieden gegen jeden Plan, der eine baldige Klärung des Rheinlandes einschleife.
- Bei Zusammenstößen zwischen Faschisten und Kommunisten in Turin wurden 11 Personen getötet.

## Wasser in den Wein.

Der Überschwang der allgemeinen Volks- und Börsenstimmungen auf Grund der ersten amerikanischen Meldungen über eine beabsichtigte wirksame Finanzhilfe für Deutschland hat rasch einen gehörigen Dämpfer bekommen. Der den üblichen Hergang beim Austausch solcher politisch-wirtschaftlichen Aktionsmöglichkeiten kennend, hat sich von vornherein zu ernstlichen Warnungen vor übereilten Hoffnungen verpflichtet gefühlt. Und jetzt wird aus Washington in demselben, daß auch Präsident Harding sich unangenehm berührt davon zeigt, welche ungeheuren Rückwirkungen die Nachricht von einer finanziellen und wirtschaftlichen Intervention der Vereinigten Staaten in Europa hervorgerufen habe.

Das Oberhaupt der amerikanischen Nation ist bekanntlich in Friedenszeiten ein Mann mit recht begrenzten Nachsichtsmöglichkeiten, und besonders in allen Fragen der auswärtigen Politik an die maßgebende Haltung der Senatsmehrheit gebunden. Der Senat aber ist nach wie vor unangenehm gegenüber jeder Einmischung in die europäischen Verhältnisse, und Präsident Harding fürchtet vielleicht mit Recht, daß die voreiligen Mitteilungen über sein Eingreifen in der Reparationsfrage den Senat in seiner Haltung noch vertiefen werde. Insbesondere wird von dieser Seite an dem entschiedenen Widerspruch gegen jeden Schuldenerlaß zugunsten der europäischen Gläubiger festgehalten, und von dem Plan, eine große Anleihe von 1½ Milliarden Dollar zugunsten Deutschlands auszugeben, will man an dem entscheidenden Stellen überhaupt noch nicht unterrichtet sein. Allenfalls könne man von Washington aus durch gewisse Anregungen jene Kreise ermutigen, die die Wiederherstellung eines Gleichgewichts auf dem Weltmarkt und den Kampf gegen die Währungs-inflation wünschenswert. Aber auf eine bahnbrechende Initiative könne man von amerikanischer Seite nicht rechnen.

Nicht weniger skeptisch stellt man sich an der New Yorker Börse — was einigermaßen verwunderlich erscheinen darf, nachdem man dort am Sonntagabend den Wert der deutschen Reichsmark immerhin ziemlich beträchtlich heraufgesetzt hat. Sollen dabei lediglich Spekulationsinteressen vorübergehender Natur ihre Hand im Spiel gehabt haben? Jedenfalls bekommt man heute von New York zu hören, daß eine deutsche Anleihe im gegenwärtigen Augenblick auch nicht zur Zeichnung eines einzigen Dollars in Amerika führen könne, aus dem einfachen Grunde, weil die deutschen Finanzleute ihre Hauptgeschäfte vollkommen außerhalb Deutschlands vertrieben und ihr flüssiges Kapital lediglich im Ausland anlegten. Solange die deutsche Regierung darin keinen Wandel herbeiführen vermöge, würde ihr ausländisches Kapital zur Erleichterung der Finanzlage Deutschlands nicht zur Verfügung stehen. Auch in anderen amerikanischen Börsenkreisen wird abgewiegelt. Es ließe, so heißt es jetzt, ernstlich nicht mehr zur Frage als die Einsetzung einer Kommission, die die Zahlungsmittelverhältnisse Deutschlands prüfen und feststellen solle. Auch davon könnte nur mit Zustimmung Frankreichs die Rede sein. Man denke sich die Sache so, daß die hervorragendsten Finanzleute der Welt zusammenberufen würden, soweit sie den Mächten angehören, die durch den Versailler Vertrag nicht gebunden sind. Der deutsche Vorkonsul Dr. Wedefeldt habe sich bereit, die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung mitzuteilen, sich dem Schiedsspruch einer solchen Kommission zu fügen, von der man eine gerechte Einsicht in die Lage des Deutschen Reiches erwarten dürfe. Frankreich dagegen habe die Vorfrage gestellt, welche Sicherheit ihm gegeben würde, daß Deutschland dem Schiedsspruch der Kommission gemäß zahlen werde. Die Vereinigten Staaten allerdings seien nicht in der Lage eine solche Garantie zu übernehmen. Sie könnten höchstens wirtschaftliche Maßnahmen in Aussicht stellen, irgend welche Gewaltanwendung gegen Deutschland kämes aber für sie naturgemäß nicht in Frage. Und aus Paris häufen sich die Stimmen der Abweisung gegen jeden Versuch eines amerikanischen Eingreifens in die Lösung der Reparationsfrage. Man bleibe bei der Notwendigkeit, alle Pfänder zu ergreifen, die nach französischer Anschauung zur Sicherung der deutschen Zahlungen notwendig wären. Die französische öffentliche Meinung

habe die ewigen Konferenzen satt und könne sie auch nicht schmackhafter finden, wenn jetzt eine solche Zusammenkunft von amerikanischer Seite vorgeschlagen werde. Frankreich würde einer Konferenz, zu der andere Nationen außer den Alliierten zugezogen werden sollten, nur zustimmen, nachdem es bereits eine Aktion vorgenommen habe. Die Alliierten hätten es nur mit Deutschland zu tun, nicht aber mit Dritten, die Lust zeigten, sich als Schiedsrichter aufzuspielen. Das einzige Richtige wäre, im Ruhrgebiet zuzugreifen, ohne dieser Aktion einen militärischen Charakter zu geben, weil in diesem Falle ein Bruch mit England nicht zu befürchten wäre.

Die Lage wird noch mehr geklärt durch einen Bericht der New Yorker Morgan-Bank über den Besuch, den ihr geschäftlicher Leiter am letzten Sonntagabend dem deutschen Vorkonsul erbat. Dieser habe sich danach erkundigt, ob es der Bank möglich sei, zu versuchen, zur Flottmachung der großen sogenannten internationalen Anleihe für Deutschland beizutragen. Herr Morgan habe in seiner Antwort auf die Sitzungen des Bankenausschusses im letzten Juni hingewiesen und hinzugefügt, daß die Lage jetzt genau so sei wie damals. Wenn die Bank auch sehr wünsche, der allgemeinen Lage zu dienen, so seien nichtsdestoweniger die Verhältnisse offenbar derartiger geworden, daß es für sie nicht möglich sei, eine Anleihe für Deutschland zu erörtern oder in Erwägung zu ziehen, bevor nicht die Reparationsfrage geregelt sei.

Gewiß eine sehr bemerkenswerte Auslassung, die den Stand der Dinge mit aller nur wünschenswerten Heiligkeit beleuchtet. Genau wie im Dezember vorigen Jahres die Bank von England hat jetzt auch ein amerikanisches Bankhaus von anerkannt internationaler Bedeutung sich zu der Überzeugung bekannt, daß Deutschland nur zu helfen sei bei der vorerzählten Reuegedung seiner auf dem Versailler Vertrag beruhenden Verpflichtungen. Wohin also auch immer die deutsche Regierung sich wendet, um in den Stand zu kommen, den Zahlungsansprüchen Frankreichs Genüge zu leisten — und daß sie dazu aus eigener Kraft nicht in der Lage ist, wird ja auch in Paris nicht mehr bestritten — überall begegnet sie der gleichen Auffassung der Lage: Erst Herabsetzung und Begrenzung der Reparationsverpflichtungen, dann internationale Hilfeleistung. Der Schluß kann also heute nur ebenso wie im vorigen Dezember dahin gehen, daß Frankreich, wenn es, wie es bezieht, lediglich mit seinen finanziellen Ansprüchen befreit sein will, in eine vernünftige Begrenzung der Forderungen an Deutschland willigen muß, da auf andere Weise eben absolut nicht mehr vorwärtszukommen ist. Die Entscheidung liegt also bei Frankreich. Man hat schon, gleichfalls einigermassen vornehm, „Umformung“, von einer „Wendung“ in Frankreich gesprochen, wo nun endlich die rein wirtschaftliche Auffassung der Lage über die chauvinistisch-militärischen Machgelüste der Rechten den Sieg davongetragen habe. Hier kann es ebenso schmerzliche Enttäuschungen geben wie gegenüber der Haltung Amerikas. Wir sind noch lange nicht über den Berg!

## Sparpläne bei der Post.

Vereinfachung und Verbilligung. Der Reichspostminister führte bei der Beratung des Postdienstentwurfes im Reichsratsausschuß aus, die Verkehrsrichtungen müssten den Bedürfnissen angepaßt, die Verkehrsaufgaben mit möglichst einfachen Mitteln durchgeführt werden. Nicht angemessen sei sparen um jeden Preis und am falschen Platze, einseitiges, unangemessenes Einsparendes der Verkehrsrichtungen, sondern vor allem sorgfältiges Zurückhalten in der Verwaltungstätigkeit und in der Maschinenriehe des Betriebes.

Hier müsse und könne Vereinfachung und Verbilligung einleiten. Besonders wichtig ist der Personalabbau. Der Aufsicht- und Bureauarbeit soll eingeschränkt werden. Im laufenden Jahre sind bis jetzt 12 000 ständige Dienstposten eingezogen worden. Etwa die gleiche Zahl wird in den nächsten Monaten wegfallen. An andere Verwaltungen sind bis jetzt 3000 planmäßige Beamte abgegeben. Die Abgabe wird weiter durchgeführt. Entbehrliche Hilfskräfte müssten abgestoßen werden.

## Böswillige Entstellungen.

Die Leistungen des deutschen Bergbauers. Ein vielbeachtetes Pariser Blatt, „Journal Industrielles“ veröffentlicht einen Artikel mit der Überschrift: „Die willkürliche Beschränkung der Förderung an der Ruhr“. Darin wird behauptet:

Die Deutsche Regierung habe wohl Geld gefunden, um die vorbereitenden Arbeiten für eine Erhöhung der Förderung an der Ruhr durchzuführen, warte aber mit dieser Erhöhung selbst ab, bis die auswärtige Schuld gestrichen sei. Die Bergarbeiter würden jetzt gern über sich in verfahren, aber diese seien für die Zeit vom 15. Dezember bis zum 15. Januar aufgehoben worden. Die deutsche Eisenbahn habe seit 1914 nicht so große Vorräte gehabt wie heute, und schließlich zeigten die Lieferungen an die Entente einen chronischen und wohlbedauerlichen Mangel.

Zu diesen böswilligen Entstellungen ist zu bemerken, daß die Deutsche Regierung den Rechen keinen Pfennig

Geld für die behaupteten Vorbereitungsarbeiten zur Verfügung gestellt und auch selbst keinerlei Beiträge hierfür verfügbar hat. Die Übersichten sind auf ausdrückliche Veranlassung der Bergarbeiter-Gewerkschaften für die Zeit vom 18. Dezember bis zum 15. Januar ausgesetzt worden. Die Reichsregierung, ebenso wie das Kohlen Syndikat und die Eisenbahnen, haben vergeblich versucht, das Auslösen der Übersichten zu verhindern. Der Bestand der Eisenbahnen betrug am 9. Dezember rund 2 200 000 Tonnen, dagegen hat die Eisenbahn im Sommer und Herbst rund 3½ Millionen Tonnen englischer Kohlen eingeführt müssen. Wenn diese mit großen Öfen zu lauren Preisen getriggerte Einfuhr nicht geschähe, so würde die Eisenbahn nicht nur überhaupt keinen Bestand haben, sondern es hätten ihr noch rund 1 300 000 Tonnen am laufenden Bedarf gefehlt. Die Ausfälle der Reparationslieferung endlich sind verblüffend klein. Sie betragen am 13. d. M. 0,8 % des Solks oder weniger als 1 vom Hundert.

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Unterbrechung der deutsch-polnischen Verhandlungen. Der polnische Bevollmächtigte zu den deutsch-polnischen Verhandlungen, Minister Dąbrowski, hat Dresden verlassen, um den Feierlichkeiten bei der Beisetzung des ermordeten polnischen Staatschefs beizuwohnen. Nach Weihnachten sollen die Verhandlungen wieder in vollem Umfang weitergeführt werden. Vor der Abreise haben Ministerialdirektor von Stöckmann und Minister Dąbrowski ein Abkommen zum Schutze gegen die Verbreitung epidemischer Krankheiten abgeschlossen.

Rabinnat und Gewerkschaften. Die Besprechungen der Reichsregierung über das Reparationsproblem und die neuen deutschen Vorschläge werden jetzt täglich fortgesetzt. Die Regierung hat dabei auch mit den Gewerkschaften in Fühlung genommen, und diese haben beim Internationalen Gewerkschaftssekretariat das gegenwärtige Stadium der Reparationsverhandlungen erneut zur Sprache gebracht. Die Beratungen mit den offiziellen Vertretern des Reichsverbandes der deutschen Industrie stehen unmittelbar bevor.

Der zukünftige Brotpreis. Durch diese Zeitungen ist die Nachricht verbreitet worden, daß der Preis für das Umlagegetreide auf 170 000 bis 180 000 Mark erhöht werden würde und daß demgemäß das Vierpfund-Marktbrot ab 1. Januar ungefähr 300 Mark kosten würde. Wie dazu halbamtlich erklärt wird, treffen diese Angaben nicht zu. Es ist eine Erhöhung der Preise für das dritte Sechstel der Getreideumlage notwendig. Aber das Ausmaß der Erhöhung ist jedoch endgültige Entscheidung noch nicht getroffen. Ubrigens würde selbst dann, wenn man von den angegebenen Getreidepreisen ausgeht, dieser Preis keineswegs auf die Brotpreise in dem Maße einwirken, daß sich daraus eine Erhöhung auf 600 Mark errechnet. Endlich ist zu bemerken, daß der 1. Januar als Termin nicht in Betracht kommt, sondern frühestens Mitte Januar.

Die letzten Kriegsgefangenen. Der deutsche Vorkonsul in Paris, Dr. Mayer, der sich seit Jahren unermüdet für die noch in Frankreich zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen eingesetzt hat, hat auch Poincaré alsbald nach dessen Amtsantritt auf das Los dieser Unglücklichen hingewiesen und von ihm eine Nachprüfung sämtlicher Fälle vom Gesichtspunkt der Humanität angefordert erhalten. Nachdem die Mehrzahl der Gefangenen bereits im Oktober begnadigt worden ist, hat Poincaré nunmehr bekanntlich auch die Begnadigung der letzten fünf Tonnelgefangenen mitgeteilt und ihre baldige Heimkehr in Aussicht gestellt. Die Namen der Begnadigten sind: Heinrich Falk aus Landenhausen (Hessen), Ernst Garkle aus Brilow (Kreis Brandenburg), Otto Rastin aus Gelsenkirchen, Otto Reuter aus Ehrenfeldersdorf (Sachsen) und Erwin Schmidt aus Salsenbain (Sachsen).

## Italien.

× Wichtige Zusammenkünfte in Turin. In Turin ist es zu schweren Zusammenstößen zwischen Faschisten und Kommunisten gekommen, bei denen 11 Personen getötet und zahlreiche schwer verletzt wurden. Der kommunistische Abgeordnete Pagella wurde schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Ein Kommunist, den man beim Mittagessen verhaftete, wurde an Ort und Stelle erschossen. Ein kommunistischer Transportarbeiter wurde im sterbenden Zustande mit drei Revolverkugeln in der Brust aufgefunden. Die gesamten faschistischen Abteilungen von Turin sind mobilisiert worden.

Aus In- und Ausland. Warschau. Im Sejm erklärten die jüdischen Abgeordneten, an der Nationalversammlung nicht teilnehmen zu können, wenn von der polnischen Mehrheit der Grundbill aufgestellt werde, daß der Präsident der Republik mit polnischer Mehrheit gewählt werden müsse.